

A6NEU TEILHABE & STADTLIBEN: Bürger*innenbeteiligung & Akzeptanz - gegen Ausgrenzung

Antragsteller*in: Ortsverband

Text

Die GRÜNEN in Mülheim setzen sich für eine Kommunalpolitik ohne politisches Lagerdenken im Sinne der Bürger*innen ein. Unser Ziel ist es, politische Entscheidungen auf einer möglichst breiten Basis zu treffen, offene Diskussionen zu führen und Informationen allen Beteiligten zur Verfügung zu stellen. Wir wollen Potentiale der Bürger*innenbeteiligung nutzen und dabei niemanden ausgrenzen. Wie stehen bedingungslos für Inklusion, Vielfalt und Toleranz ein.

INKLUSION, VIELFALT UND TOLERANZ

Eine inklusive Gesellschaft grenzt niemand aus, sondern bietet Menschen mit und ohne Behinderungen, jeder sozialen oder ethnischen Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Identität, Religion, Weltanschauung und jeden Alters gleiche Rechte und Chancen sowie gute Lebensbedingungen und schützt sie vor Diskriminierung und Gewalt. Selbstrepräsentanz und Teilhabe aller gesellschaftlicher Akteur*innen sind die Grundlage einer Demokratie - egal ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene.

Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und die mindestens Hälfte der Macht den Frauen*. Dafür kämpft die grüne Frauen*politik. Unsere Parteigeschichte ist geprägt vom Feminismus und von Frauen*, die ihre Rechte durchsetzen - mit den Männern wenn möglich, gegen sie wenn nötig. Doch am Ziel sind wir noch längst nicht: Wir kämpfen weiter dafür, Chancen, Macht, Geld und Zeit endlich gerecht zwischen Frauen* und Männern zu teilen. Alle Menschen brauchen gleiche Chancen und keine Rollenklischees, die sie einschränken.

Im Mülheimer Ortsverband besetzen wir Gremien und Wahllisten paritätisch. Wir achten im politischen Leben darauf, die Rechte der Frauen* in den Fokus zu stellen und durchzusetzen. Die GRÜNEN setzen sich entschieden gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt gegen sexuelle Minderheiten ein. Jede*r hat ein Recht auf völlige Gleichstellung. In städtischen Veröffentlichungen muss eine gendergerechte Sprache das Ziel sein, damit sich alle Bürger*innen gleichermaßen angesprochen fühlen und Akzeptanz sowie Offenheit vermittelt wird. In den Aufsichtsräten und Führungsebenen der städtischen Unternehmen und deren Tochterunternehmen soll eine geschlechterparitätische Besetzung schnellstmöglich umgesetzt werden. Das städtische Frauen*büro und die Frauen*beauftragten gilt es zu stärken, damit sie Frauen* weiterhin sinnvoll beraten und unterstützen können. Zusätzlich soll ein*e Gleichstellungsbeauftragte*r, der*die als Ansprechpartner*in für alle Minderheiten fungiert, geschaffen werden. Das städtische Frauen*büro und die Frauen*beauftragten gilt es zu stärken, damit sie Frauen* weiterhin sinnvoll beraten und unterstützen können. Zusätzlich soll ein*e Gleichstellungsbeauftragte*r, der*die als Ansprechpartner*in für alle Minderheiten fungiert, geschaffen werden.

In städtischen Veröffentlichungen muss eine gendergerechte Sprache das Ziel sein, damit sich alle Bürger*innen gleichermaßen angesprochen fühlen und Akzeptanz sowie Offenheit vermittelt wird. In den Aufsichtsräten und Führungsebenen der städtischen Unternehmen und deren Tochterunternehmen soll eine geschlechterparitätische Besetzung schnellstmöglich umgesetzt werden.

44 Es müssen sichere Räume für LSBTQIA+-Menschen [lesbisch, schwul, bisexuell,
45 transgender, queer, intersexuell, asexuell und weitere Geschlechtsidentitäten],
46 insbesondere für Jugendliche, geschaffen werden. Hier soll sich zu betreffenden
47 Themen informiert, mit anderen ausgetauscht und ein sicherer Rückzugsort und
48 Anlaufstellen in der Stadt geschaffen werden. Eine Zusammenarbeit mit dem
49 Jugendzentrum als Ort für Infoabende und vorurteilsfreie Hilfe kann dafür die
50 Basis bilden. Wichtig wäre zudem die Sensibilisierung der Betreuer*innen durch
51 Weiterbildung und frei zugängliches Infomaterial umliegender LSBTQIA+-
52 Organisationen an einem Ort. Wir wollen Infoveranstaltungen zum Thema LSBTQIA+-
53 Awareness und -Sichtbarkeit insbesondere für Schüler*innen organisieren.

54 Behinderte Menschen sollen gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen leben,
55 arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Eine inklusive
56 Gesellschaft ist für uns deshalb ein wichtiges Ziel. Und zwar in allen
57 Lebensbereichen. Zu viele Barrieren verhindern, dass Menschen mit Behinderungen
58 gleichberechtigt am Leben teilnehmen. Wir setzen uns für den schrittweisen Abbau
59 aller hinderlichen Barrieren im Stadtgebiet und in öffentlichen Gebäuden ein.
60 Zudem ist der Abbau sprachlicher Barrieren insbesondere bei offiziellen
61 Behördendokumenten und -informationsmitteln für uns zentral. Leichte Sprache,
62 angepasste Schriftgrößen und Übersetzungen müssen Anwendung finden.

63 Wir stehen für eine gute Integration der Menschen, die bei uns leben wollen. Sie
64 brauchen gleiche Rechte und Chancen. Grüne Politik fördert Teilhabe, unterstützt
65 die Ankommenden und die hier Lebenden. Integration ist ein wechselseitiger
66 Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft abverlangt, in unserer
67 Gesellschaft auf der Grundlage unseres Grundgesetzes zusammenzuleben. Für uns
68 zählt nicht, woher ein Mensch kommt, sondern wo sie oder er hinwill.

69 BPoCs (Black and People of Color [Menschen, die aufgrund ihres Aussehens
70 'rassifiziert' werden]) haben mit alltäglichem und institutionellem Rassismus zu
71 kämpfen. Es müssen eine städtische Antirassismusstelle und -beauftragte*n
72 geschaffen und Antirassismusschulungen für alle städtischen Mitarbeitenden
73 eingeführt werden.

74 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in Mühlheim eine Gedenkstätte für Opfer
75 von rechter Gewalt und Rassismus entsteht. Insbesondere auf kommunaler Ebene
76 müssen alle hier lebenden Menschen das Recht haben, durch politische Wahlen und
77 Partizipation die Gesellschaft mitzubestimmen und -gestalten. Deshalb setzen
78 sich die GRÜNEN für das Wahlrecht aller Menschen - auch für Nicht-EU-
79 Bürger*innen -, die mindestens drei Monate in Mühlheim leben, ein.

80 BÜRGER*INNENBETEILIGUNG

81 Online-Bürger*innenbeteiligung stellt in Zeiten der Digitalisierung eine große
82 Chance dar, auch auf kommunale Ebene die demokratische Legitimation sowie die
83 Beteiligung der Bürger*innen zu maximieren. Bürger*innenportale wie "Frankfurt
84 fragt mich", "Mannheim gemeinsam gestalten" oder "Bonn macht mit" zeigen in
85 vielen Kommunen wie Bürger*innenbeteiligung effektiv gestaltet werden kann. Ein
86 solches Bürger*innenportal oder -cockpit würde keineswegs erhebliche Mehrkosten,
87 sondern eine bürokratische Vereinfachung bedeuten. Projekte wie das
88 Bürger*innentelefon, die Einwohner*innenfragestunde, der Mängelmelder oder
89 Verbraucher*inneninformationen könnten zu einem Organ zusammengefasst werden.
90 Zudem würde das digitale Format erheblich Ressourcen in Form von Papier,
91 Briefumschlägen, etc. sparen.

92 Das Portal könnte eine Vielzahl von Beteiligungs- und Transparenzverfahren
93 umsetzen. So könnten Bürger*innenbefragungen die Grundlage wichtiger politischer
94 Entscheidungen werden. Die Sitzungen der Mühlheimer Stadtverordnetenversammlung
95 könnten gefilmt und über das Portal übertragen werden. Einmal jährlich könnte
96 eine Umfrage die Mühlheimer*innen nach ihren Anliegen und Beschwerden fragen.

97 Darüber hinaus wollen wir in der neuen Legislaturperiode einen
98 Beteiligungshaushalt einführen, bei dem die verschiedenen Posten in einem
99 Haushaltsplan kommentiert und durch ein Ampelsystem bewertet werden können. Auch
100 ein solcher Beteiligungshaushalt könnte in das B rgerportal integriert werden.
101 Die Kommunalpolitik soll so transparenter, die Entscheidungen nachvollziehbarer
102 gemacht und die Mittel verstärkt im Sinne der Mühlheimer*innen verwendet werden.

103 Für uns steht fest, dass ein solches Portal ebenso wie ein Beteiligungshaushalt
104 nur bei einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung sowie einer mutigen Umsetzung
105 der Stadt Mühlheim funktionieren kann. Beides soll daher mit den sozialen Medien
106 verknüpft und in allen Mühlheimer Haushalten beworben werden. Uns ist dabei
107 besonders wichtig, dass trotz der rein digitalen Form jede Einwohnerin und jeder
108 Einwohner der Stadt Zugang zu dieser Beteiligungsmöglichkeit hat. In der
109 Stadtbücherei und anderen städtischen Einrichtungen soll es daher einen
110 kostenfreien Zugang geben.

111

112

113 Die Wahlbeteiligung von 45,26% bei der Kommunalwahl im Jahr 2016 nahmen wir
114 GRÜNE als die nächste Stufe einer bedenklichen Entwicklung wahr. Selbst
115 einstimmige politische Entscheidungen repräsentieren unter diesen Vorzeichen
116 nicht mehr eine Mehrheit der Wahlberechtigten. Dieses Problem muss
117 parteiübergreifend in einem dafür einzurichtenden Gremium diskutiert und
118 angegangen werden. Wir wollen künftig eine städtische, parteiunabh ngige
119 Kampagne ins Leben rufen, die großflächig für Kommunalwahlen wirbt. Wir wollen
120 das Wählen sowie die Wahlhilfe attraktiver gestalten und Erstwähler*innen-Briefe
121 im Namen der Stadt verschicken. So machen wir es uns zum Ziel, bei künftigen
122 Kommunalwahlen eine Wahlbeteiligung von über 50% anzustreben.

123

124

125

126 Wir wollen vor Sitzungen von Ausschüssen sowie der Stadtverordnetenversammlung
127 eine Fragestunde für Bürger*innen einrichten, in der Anliegen und Rückfragen an
128 die Stadtverordneten gerichtet werden können. Städtebauliche Maßnahmen sollen im
129 Entwurfsstadium regelmäßig in öffentlichen Veranstaltungen der
130 Bürger*innenschaft präsentiert werden. Wir wollen einen dialogischen Prozess
131 zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik in die Wege leiten und eine
132 Arbeitsgemeinschaft ins Leben rufen, die langfristig Beteiligungsverfahren
133 erarbeitet, die weit über die bisherigen Möglichkeiten hinausgehen, wie
134 beispielsweise einen Bürger*innenrat.

135

136 Wir wollen die Beteiligung und Teilhabe der Mühlheimer*innen an allen
137 kommunalpolitischen Entscheidungen in Mühlheim ermöglichen. Wir fordern ein
138 Initiativrecht für Beteiligungsverfahren für alle Bürger*innen. Für Initiativen
139 mit mindestens 100 Unterstützer*innen soll die Stadtverwaltung ein
140 Beteiligungskonzept ausarbeiten und dieses der Stadtverordnetenversammlung
141 vorlegen. Hierfür wollen wir eine Service- und Beratungsstelle für

142 Bürger*innenbeteiligung schaffen. So sollen mehr Bürger*innen bei der aktiven
143 Gestaltung der Stadtentwicklung sowie ihres unmittelbaren Umfeldes eingebunden
144 werden.

145 WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- 146 • Eine inklusive Gesellschaft, die niemand ausgrenzt und den Abbau von
147 Barrieren in Mühlheim
- 148 • Die Integration von Geflüchteten, das Grundrecht auf Asyl
- 149 • Mindestens die Hälfte der Macht den Frauen*
- 150 • ein engagiertes Eintreten gegen Populismus am rechten Rand der
151 Gesellschaft und gegen neofaschistische Tendenzen in unserem Land
- 152 • Digitale Bürger*innenbeteiligung und transparente Verfahren in Form von
153 Beteiligungshaushalten und einem Bürger*innencockpit
- 154 • Aufklärung und Beratung für Menschen jeder sexuellen Orientierung und
155 Maßnahmen gegen Diskriminierung